

Verantwortliche
Redakteure.

Für den politischen Theil:

G. Fontane,

für Feuilleton und Vermischtes:

J. Steinbach,

für den übrigen redakt. Theil:

F. Sachfeld,

sämmlich in Posen.

Verantwortlich für den

Inseratenthell:

J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate

werden angenommen
in Posen bei der Expedition in
Zeitung, Wilhelmstraße 17,
Hof. Ad. Salsch, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Bretelstr.-Eck,
Hof. Kisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmstraße 6,
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen Kuhn
Köffe, Hasenklein & Fegler A.-G.,
G. J. Paule & Co., Invalidenthal.

Nr. 598

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal,
am Sonntag und Festtagen ein Mal. Der Abonnent erhält viertel-
jährlich 4,50 Mk. für die Stadt Posen, 5,45 Mk. für
sonstige Provinzialstädte. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Freitag, 28. August.

1891

Politische Uebersicht.

Posen, 28. August.

In Betreff der Handelsvertragsverhandlungen mit der Schweiz werden die bereits erwähnten günstigen Aussichten für den Abschluß des Vertrages nun auch der „Magdeb. Ztg.“ in einem Berliner Telegramm bestätigt. Die Lage der Dinge hat sich nach einer von kundiger Stelle ihr zugegangenen Mittheilung so gestaltet, daß die verhandelnden Theile bis zu der äußersten Grenze des Entgegenkommens sich Zugeständnisse gemacht haben, und lediglich über eine Anzahl streitiger Punkte Sonderverhandlungen der einzelnen beteiligten Regierungen beliebt wurden. Kein einziger der fraglichen Punkte lasse eine Verständigung als ausgeschlossen erscheinen. Im Gegentheil glaubte man durch näheres Eingehen auf die einschlägigen Verhältnisse leicht zu einer Uebereinstimmung gelangen zu können. Die Verzögerung, die daraus wegen des Abschlusses entsteht, soll für die Sache selbst völlig belanglos sein. Von Deutschland werde nach wie vor der Plan aufrecht erhalten, dem Bundesrathe wie dem Reichstage die sämmtlichen Handelsverträge gleichzeitig zu unterbreiten.

Welch bodenloser Unsinn in den kleinen konservativen Provinzialblättern über die Getreidezölle abgelagert wird, davon liefert eine der „Volksztg.“ eingekaufte Nummer des „Nagarder Kreisblattes“ ein bezeichnendes Beispiel. Da heißt es in einer Betrachtung über die Frage: „Was würde die Aufhebung der Getreidezölle nützen?“:

Angenommen, die Getreidezölle würden heute aufgehoben, und angenommen, daß wirklich der Preis um den ganzen Zoll herunterginge, so würde also der Roggenpreis von heute (250 Mk.) sich auf 200 Mk. stellen. Ist das der von den Freihändlern gewünschte Preis? Als er Ende Mai auf 200 Mk. stand, schlugen sie die Hände über dem Kopf zusammen, weil dieser Preis zu hoch sei und die Bevölkerung das Brot nicht mehr zahlen könne. Also mit dem Roggenpreise von 200 Mk. könnten sie nicht zufrieden sein, wenn sie nicht nachträglich zugeben wollten, daß sie Ende Mai mit ihrem Weflagen im Unrecht waren.

Nach diesem so überzeugenden Einwand führt der weise Verfasser einen zweiten an:

Wer würde von einer derartigen Preisminderung Vortheil haben? Etwas die Konsumenten? Die Preisminderung würde für den Doppelzentner 50 Pfennig, für das Pfund Roggen also — immer vorausgesetzt, daß sich der Preis um den Betrag des Zolls wirklich verbilligen würde — 1/4 Pfennig betragen! Glaubt man denn, daß eine derartige Herabminderung des Roggenpreises auch im Brote selbst ihren Ausdruck finden würde, daß das Brot nun auf das Pfund um 1/4 Pfennig billiger oder um einige Gramm schwerer werden würde? Schwerlich!

Schwerlich glaubte man bisher irgendwo in Deutschland, daß ein konservatives — oder gar offizielles? — Reptil (denn der Artikel hat anscheinend gleichlautend in den verschiedensten Lokalblättern gestanden) so unwissend sein oder so schlecht rechnen könne, daß es den Zoll pro Doppelzentner auf 50 Pf. statt auf 5 Mark berechnet. — Zum Glück für die Freihandels-sache schadet solcher haarsträubende Unsinn nur den Gegnern. In jedem Kreise giebt es ja Hunderte von Leuten, die genau über den Betrag des Zolls Bescheid wissen und nach solchen Proben nur mit Verachtung auf diese Blätter und die Sache, die sie vertreten, blicken.

Wir haben in diesen Tagen nach einem Telegramm des „W. T. B.“ eine offiziöse Mittheilung des „Hamb. Korrr.“ bezüglich des Hafenbaues in Ruxhaven wiedergegeben. Es wurde in der Meldung u. a. in abfälliger Weise von dem Gutachten des Kapitäns z. S. Stenzel gesprochen, der den Plan des Hafenbaues vor einiger Zeit in ungünstigem Sinne beurtheilte. Kapitan Stenzel ist die Erwiderung nicht schuldig geblieben; er veröffentlicht in der „Kreuzztg.“ die nachstehende Erklärung:

Im Sommer v. J. wurde von den Hamburger gesetzgebenden Körperschaften der Bau eines neuen Hafens bei Ruxhaven für den Schiffsverkehr, namentlich auch für die großen Schnelldampfer, und als Nothhafen mit einem Aufwande von 7 Millionen Mark beschlossen. Unsere Marine war dabei gar nicht erwähnt, obgleich bei der durch den Nordsee-Kanal erhöhten Bedeutung Ruxhavens für die Kriegführung zur See eine solche Anlage für sie von großer Wichtigkeit ist; ferner weist der Entwurf meinem Dafürhalten nach auch im Allgemeinen wesentliche Mängel auf. Deshalb und weil die Angelegenheit außerhalb der bei den amtlichen Verhandlungen beteiligten Kreise kaum bekannt geworden war (obgleich die bez. Vorlage des Senats nebst Plan in Hamburg käuflich zu haben war), veröffentlichte ich im Interesse der Schifffahrt und hauptsächlich unserer Kriegsflotte einen Aufsatz in diesem Sinne („Deutsche Bauztg.“ Nr. 100 und 101). Seitdem hat über die Sache nichts verlautet; erst kürzlich brachten einige Zeitungen in den Hafenstädten — ohne mein Zutun oder Wissen — Mittheilungen über Sistrung des Hafenbaues, Ueberwindung des Planes für Kriegszwecke, eine bevorstehende Etatsforderung an den Reichstag u. s. w. Wenn der „Hamb. Korrr.“ demgegenüber statt sich auf eine tatsächliche Berichtigung zu beschränken, es für ange-zeigt hält, auf meinen Aufsatz zurückgreifend, kurz zu erklären, daß

eine Prüfung der gerügten angeblichen Uebelstände zu einer Veränderung des beschlossenen Baues keine Veranlassung gegeben habe, so erwidere ich darauf, daß ich mit meiner Ansicht über den neuen Hafen und im besonderen über die Hafeneinfahrt nicht allein stehe, sondern daß dieselbe von erfahrenen Seeoffizieren und bewährten Führern von Schnelldampfern, sowie andererseits von hervorragenden Wasserbautechnikern getheilt wird. Jetzt wird wohl erst die nach Fertigstellung der Anlage gewonnene Erfahrung entscheiden; aber im Interesse des für die deutsche Schifffahrt im Frieden und Kriege hochwichtigen Hafens möchte ich wünschen, daß die bedeutendsten, unabhängigen Männer jener hier in Betracht kommenden Kategorien noch rechtzeitig befragt würden. Ihr Urtheil dürfte anders lauten. Stenzel, Kapitän z. See a. D.

Aus dem Vatikan wird berichtet, es stehe die Veröffentlichung einer Broschüre aus der Feder einer hochangesehenen Persönlichkeit bevor, um die Katholiken sowohl über die Befürchtung anti-italienischer Pläne des Vatikans als über die Abhaltung des künftigen Konklaves in Italien zu beruhigen. Die Broschüre werde die Ansichten einer großen Partei des italienischen Klerus widerspiegeln. Ueber das Befinden des Papstes enthalten mehrere Blätter schlimme Meldungen. Leo XIII. soll in hohem Grade altersschwach sein, und nur darum sei die Partei der „Unverföhnlichen“ in letzter Zeit so feck hervorgetreten. Der Papst habe von den Artikeln des „Osservatore Romano“ erst Kenntniß erhalten, als die deutschen Katholiken Lärm schlugen. Die Partei Lavigeris unter den Kardinälen sei übrigens stark im Schmelzen begriffen, und davon, daß er zum Nachfolger Leo's XIII. gewählt würde, könne gar nicht die Rede sein.

Die panslawistische Presse beginnt wieder, die Balkanfrage in Fluß zu bringen. So sagt die „Nowoje Wremja“: „Die Verwendung der bosnischen Bataillone bei den österreichischen Manövern bezwecke die Schaffung eines vollendeten Thatbestandes. Man warte in Wien nur darauf, die bosnische Frage auf die Tagesordnung zu setzen. Eine freiwillige Zurückgabe Bosniens und der Herzegovina ist undenkbar, ein türkisch-österreichischer Streit aber möglich. Die die Türkei begünstigenden Mächte würden deren Forderung unterstützen. Schon deshalb wünsche Oesterreich die Beschleunigung der Einverleibung Bosniens und der Herzegovina. Die Mehrzahl der Mächte würde natürlich auf Seite Oesterreichs stehen. Die hieraus entstehende Meinungsverschiedenheit würde die Balkanfrage zuspitzen, was im Interesse des Friedens vermieden werden müsse.“ Die „Nowoje Wremja“ nimmt sich als „Friedenswächter“ sehr komisch aus. Sekundirt wird das Blatt jedoch von der jugoslawischen „Narodni Bisty“, wenn diese auch die Sache von einer anderen Seite angreift. Das Prager Blatt bringt nämlich eine Belgrader Meldung, nach der Rußland angesichts der Unmöglichkeit, die festgesetzte Kriegsschadigung von der Türkei zu erhalten, vorschlägt, der Sultan soll einen Streifen des Gebietes von Novibazar an Rußland abtreten, welches dieses Gebiet zu gleichen Theilen Montenegro und Serbien zuweisen will, um diese Staaten gegenseitig zu unmittelbaren Nachbarn zu machen. Der Vorschlag wird, wenn er wirklich gemacht werden sollte, in Konstantinopel wenig Anklang finden, ganz abgesehen davon, daß Oesterreich sich dagegen mit aller Entschiedenheit erklären müßte.

Nachdem die beteiligten Mächte einen gemeinsamen diplomatischen Schritt bei der Pekinger Regierung wegen Verhinderung weiterer Ausschreitungen gegen die Ausländer unternommen haben, giebt man sich der Hoffnung hin, daß es nicht zu neuen Unruhen kommen werde. Die letzte aus China in England eingetroffene Post bringt die folgenden Nachrichten, die, wenn auch theilweise durch die Drahtberichte überholt, doch noch ein genügendes Interesse bieten: „Seit dem Erlasse des kaiserlichen Dekretes thun die chinesischen Beamten in den Städten am Yangtse ihr Bestes, um weitere Ausschreitungen gegen Ausländer zu verhüten. Eine Menge Proklamationen, viele davon in Versen, wurden vertheilt, Truppen wurden nach den bedrohten Missionshäusern und den Wohnungen der Europäer geschickt, und an manchen Orten gehen die Beamten zu allen Stunden des Tages und der Nacht umher, um den Pöbel zu befähigen und weitere Ruhestörungen zu verhüten. Mitglieder der geheimen Gesellschaften, besonders des gefürchteten Kolao Hui, wurden verhaftet und theilweise sofort enthauptet. Aus den eingelaufenen Berichten erhellt jedoch, daß es den chinesischen Lokalbehörden an den geeigneten Organen gebricht, um die Ausschreitungen des Pöbels sofort zu unterdrücken. Die gewöhnlichen Wächter sind nicht dazu zu brauchen, Truppen sind nicht immer zu haben, und sind sie da, so kann man ihnen nicht immer trauen. Manchmal sind sie sogar die schlimmsten Unruhestifter, in der Hoffnung, gute Beute machen zu können. Bei Ruhestörungen müssen sich die Beamten deshalb hauptsächlich aufs Bitten verlassen. Einmal fiel der oberste Beamte eines Ortes vor den Ruhestörern auf die Knie und bat sie,

nach Hause zu gehen. In Wufu, wo die Engländer Argent und Green ermordet wurden, bat der Beamte flehentlich, die Europäer und deren Wohnungen zu schonen und lieber ihn und sein Bureau anzugreifen. Was geschah? Er wurde fürchterlich durchgeprügelt und sein Bureau überschwemmt. In allen Städten Chinas, wo Ausländer wohnen, herrschte zur Zeit des Abganges der Post große Besorgniß. In einigen Häfen des Yangtse flüchten überdies die Vorkehrungen der Befehlshaber der Kriegsschiffe den Ausländern kein besonderes Vertrauen ein.“

Deutschland.

— Berlin, 27. August. Der neue „Gesetzentwurf zur Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke“ befriedigt auch die Anhänger eines solchen Gesetzes weniger, als erwartet wurde. In grundsätzlicher Hinsicht bietet die Begründung eine bedenkliche Lücke, indem sie es unterläßt, den Nachweis zu führen, daß das Gesetz eine Verminderung der Trunkneigung herbeiführen würde. Auch der an sich gelungene Beweis für den übrigens längst anerkannten ursächlichen Zusammenhang zwischen Trunksucht und Verbrechen spricht nicht für den Gesetzentwurf, so lange der Nachweis vermisst wird, daß auf diesem Wege die Trunksucht vermindert werden wird oder kann. Einige Bestimmungen des Entwurfs wollen wir hier näher besprechen. Die gutgemeinte Unterfügung des Verabreichens geistiger Getränke an Personen unter 16 Jahren kann man theoretisch billigen. Aber dies Verbot ist, wo es lokal schon besteht, den Wirthen ohne Ausnahme ein Stein des Anstoßes. Man kann einem jugendlichen Menschen nicht ansehen, ob er 15, 16 oder 17 Jahre zählt. Will ein Wirth sich unbedingt vor Strafe schützen, so darf er auch Demjenigen nichts verabreichen, der dem Aussehen nach achtzehn Jahre zählt. Der Verkauf an bestrafte Trunkenbolde wird verboten, aber ist dieses Verbot in einer großen Stadt, wo der einzelne Wirth nur einen verhältnismäßig kleinen Theil der Einwohner persönlich kennt, durchführbar? Doch wohl nicht. Am unzuträglichsten würde in der Praxis vielleicht eine Bestimmung des Entwurfs werden, die nach dem ersten Anscheine das Interesse des Publikums schützt und das des Wirthes nicht schädigt: die Bestimmung nämlich, daß in jeder Schank- oder Gastwirthschaft auch andere als geistige Getränke und die nach Lage der örtlichen Verhältnisse beschaffbaren Speisen bereit gehalten werden müssen. Welche Speisen nach Lage der örtlichen Verhältnisse beschaffbar sind, setzt die Ortspolizei fest. Das ist eine schwierige Aufgabe, bei deren Bewältigung sich leicht persönliche Motive geltend machen. Aber auch angenommen, diese Festsetzung erfolge zwischen Wirth und Polizei glatt und ohne Schwierigkeiten, kann man denn den Gästen auch vorschreiben, die Speisen zu kaufen, von denen man dem Wirth vorgeschrieben hat, daß er sie bereit halte? Das kann man nicht, also werden dem Wirth die bereit gehaltenen Speisen häufig verderben. Das scheint uns eine ganz undurchführbare Bestimmung zu sein. Wir können uns für die Idee des Gesetzes überhaupt durchaus nicht erwärmen, aber wenn wir auch die Idee für richtig hielten, müßten wir mehrere wesentliche Bestimmungen des vorliegenden Entwurfs als praktisch verfehlt bezeichnen. Das Uebelste ist, daß so Vieles im Gesetz in das Belieben der Polizei gestellt wird. Polizei-Beeinflussung des privaten Lebens wird so auf ein neues Gebiet übertragen, was schwerlich im Interesse der Allgemeinheit liegen kann. Wir wollen noch gar nicht einmal davon sprechen, daß die Schank- und Gastwirth in eine unvergleichlich viel stärkere Abhängigkeit von den Ortspolizeibehörden kommen würden, als wie sie jetzt schon besteht. Bedenklicher ist, daß der, obwohl gut gemeinten, Bevormundung des Publikums durch die Polizei im Trunkstetgesetz ungewöhnlich großer Vorschub geleistet wird. Ueber die Frage, wer ein Trunkenbold ist und hiernach entweder bestraft oder entmündigt oder beides zugleich werden soll, entscheidet am letzten Ende die Polizei. Sie würde es sein, die das konsumirende Publikum darauf hin beobachtet, ob sich unter ihm Personen befinden, auf die das Gesetz anzuwenden ist. Es wird eine stete Ueberwachung der Personen stattfinden, die es lieben, von Zeit zu Zeit oder regelmäßig zu trinken, und wir sehen keine Bürgschaft dafür, daß hier nicht Mißgriffe erfolgen. Wer ist denn trunksüchtig? Die Begründung zur Vorlage macht es sich ziemlich bequem, indem sie diese Frage als kaum strittig betrachtet. Auch wäre sie es nicht, wenn als Trunkenbold nur derjenige die liebevolle Aufmerksamkeit der Polizei oder der Gerichte zu erwarten hätte, der Alkoholiker im streng medizinischen Sinne, also ein kranker Mensch ist. Daneben aber giebt es unendlich viele Personen, die sich betrinken, sogar in nicht gerade häufigen Zwischenräumen betrinken und doch ihren bürgerlichen Obliegenheiten.

verhältnismäßig befriedigend nachgehen können. Sollen nun auch solche in die Gewalt von Polizei und Gerichten kommen? Geht der Eingriff in das private Leben hier nicht viel weiter als bei den Verschwendern, die die Begründung als Analogie heranzieht? Wo ist die Gewähr dafür, daß nicht mißliebige Personen von Polizeibeamten, die es mit ihrer Pflicht etwas leicht nehmen, oder von Angehörigen, die sich solcher Familienmitglieder zu entledigen wünschen, in einer Weise behandelt werden, die über den Geist des Gesetzes hinausgeht? Es ist gar keine Frage, daß der Reichstag außerordentlich viel an der Vorlage zu verbessern haben wird. Bestenfalls können wir in der Vorlage nur den alleräußersten Rahmen einer gesetzgeberischen Regelung sehen, die, wenn sie überhaupt stattfindet, vielfach von anderen Gesichtspunkten als die Vorlage selber ausgehen wird.

— Wie die Münchener „Allg. Ztg.“ aus Berlin erfährt, hatte Herr v. Bleichröder vor seiner am 24. d. M. erfolgten Abreise nach Ostende die Ehre, von dem Reichskanzler zu einer Besprechung empfangen zu werden. Hängt dieser Empfang vielleicht mit der Beabsichtigung einer neuen Anleihe zusammen? — fragt die „Voss. Ztg.“ Die soeben in offiziellen Blättern veröffentlichten Auslassungen über den ungünstigen Stand der Staats- und der von dem „Hamb. Kor.“ unlängst gemachte Vorschlag, zur Steuierung etwa eintretender Arbeitsnoth mit der Ausführung öffentlicher Unternehmungen unter Zuhilfenahme von Staatsanleihen vorzugehen, unterstützen die Vermuthung. Allerdings würde der jetzige Zeitpunkt der denkbar ungeeignetste sein, Anleihen aufzulegen.

— Die Delegirten der deutschen Eisenbahnverwaltungen werden nach der Münchener „Allg. Ztg.“ in den nächsten Tagen zu einer Konferenz zusammentreten, „um auch ihrerseits zu dem von der Reichseisenbahnverwaltung eingeführten neuen Staffeltarif für Getreide Stellung zu nehmen.“ — Es handelt sich wohl, meint die „Nat.-Ztg.“, um die Stellungnahme zu der Aufforderung des Reichskanzlers, ähnliche Anordnungen, wie die der preussischen Eisenbahnverwaltung, betreffs der wohlfeileren Beförderung von Nahrungsmitteln zu treffen.

— Der „Stett. Volksb.“ behauptet, daß auf dem Gute Kanin bei Stralsund 20 Chinesen beschäftigt würden. — Auf das Weiße Meer findet bekanntlich das russische Roggenausfuhrverbot keine Anwendung. Der Annahme, daß in Folge dessen dort eine große Ausfuhr eintreten werde, treten die „Hamb. Nachrichten“ wie folgt entgegen:

„Das Weiße Meer ist nur etwa 100 Tage im Jahre, nämlich in den Monaten Juni, Juli und August befahrbar. Aber selbst in dieser kurzen Zeit ist die Schifffahrt wegen der umherirrenden Eisschollen nicht ganz ungefährlich. Im September beginnen die Eisschollen sich in großen Massen zu sammeln und eine feste Eiskruste zu bilden. Dann stellen sich auch starke Nebel ein, so daß jegliche Befahrung des Meeres unmöglich wird. Aus diesem Grunde hat es die russische Regierung ohne Zweifel nicht für nöthig befunden, die Häfen des Weißen Meeres in das Roggenausfuhrverbot mit einzubeziehen.“

Der Privatdetektiv.

Eine Erinnerung aus der Zeit der „Molly Maguires“.

Während der fünfziger, sechziger und siebziger Jahre erhielt ein Geheimbund in dem östlichen Theile Pennsylvaniens, den Kohlensirkiten, das Land in Aufregung und Schrecken. Die Gesellschaft nannte sich „Molly Maguire“ und zählte ausschließlich Irländer zu ihren Mitgliedern. Sie hatten sich zusammengethan „zu gegenseitigem Schutze und Trutze“. Zum ersten Male zeigte der Bund im Jahre 1854, daß er eine Macht war, mit der gerechnet werden mußte.

Die geheimen Oberen der Gesellschaft befahlen nämlich einen Strike; diejenigen Werke und Minen, welche die Forderungen der Streikenden nicht bewilligten, wurden in die Asche gethan und verloren plötzlich sämtliche Arbeiter; die wenigen aber, die es wagten, die Arbeit weiter zu betreiben, wurden ermordet oder erhielten Warnungszettel, auf denen ein Sarg und einige Totenköpfe gedruckt waren.

Der Strike wurde ausgeglichen, und erst wieder im Jahre 1858 zeigten sich Spuren von dem Vorhandensein der Gesellschaft, als dieselbe in gewissen Minengegenden vollständig die Lage beherrschte. Seine größte Macht entfaltete der Bund beim Ausbruch des nordamerikanischen Bürgerkrieges, als eine allgemeine Aushebung für das Heer im ganzen Lande beschloffen und durchgeführt wurde. Nur in dem Theile Pennsylvaniens, wo die Molly Maguire existirte, wurde die Aushebung unmöglich, denn durch langjähriges und geschicktes Operiren hatten die Mitglieder des Bundes es durchgesetzt, daß nur Mitglieder des letzteren zu Stellen von Richtern, Orts- und Landchaftsvorstehern, von städtischen und Landchaftsbeamten gewählt wurden, welche ihre Bundesgenossen von der Wehrpflicht zu befreien wußten. Während der Jahre 1864 bis 1867 kamen in den genannten Bergwerksgegenden über 50 Mordthaten vor, welche alle auf die Molly Maguire zurückzuführen waren. Die Opfer waren meist Beamte, welche sich den Mitgliedern der Gesellschaft mißliebig gemacht hatten. Die Geächteten wurden meist am hellen lichten Tage auf offenem Marktplatz niedergeschossen, ohne daß es Jemand wagte, die Mörder zur Anzeige zu bringen und die hohen Summen zu verdienen, die auf ihre Ergreifung seitens der Regierung gesetzt waren. Wurden je Verdächtige vor die Geschworenen gebracht, so stellte der Bund falsche Zeugen auf, welche die Verhafteten freischworen. Eine vollständige Panik bemächtigte sich der Einwohner, die Minengesellschaften beschloffen, den Betrieb einzustellen. Da wurde auf Veranlassung des Präsidenten einer großen Minengesellschaft, Namens A. Gowen, ein Privatdetektiv aus Chicago, mit Namen McParlan, gewonnen, der die Aufgabe übernahm, die Leitung und Orga-

nisation des Bundes aufzudecken und die Verbrecher zur Bestrafung zu bringen. Zu dem Befufe ließ er sich in Pottsville, das er als den Mittelpunkt des Geheimbundes ausgekundschaftet, in der Verkleidung eines irischen Arbeiters unter dem Namen James McKenna nieder. Da er viel Geld aufgehen ließ, nur in den elendesten Spelunken verkehrte und sich als ein Held im Tanzen, Trinken und Raufen zeigte, so gewann er bald das Vertrauen der mit ihm Verkehrenden. Insbesondere beehrte ihn der Besitzer einer Schnapsbude mit seiner Freundschaft, dem James nunmehr auch anvertraute, daß er eigentlich flüchtig sei, weil er in Pittsburg einen Mord begangen habe. Er lebe von einer kleinen Pension, die ihm die Vereinigten Staaten für seine während des Krieges in der Marine geleisteten Dienste zahlten. Außerdem sei er Verbreiter falschen Geldes für eine Falschmünzbande. Auf Betreiben seines Freundes wurde James nach einem halben Jahre in den Geheimbund aufgenommen. Bei der Aufnahme mußte er einen furchtbaren Eid leisten, niemals und unter keinen Umständen etwas von den Geheimnissen des Bundes zu verrathen. Dann wurden ihm die geheimen Erkennungszeichen mitgetheilt, welche alle drei Monate geändert wurden. Nach einem weiteren halben Jahre wurde er Sekretär der Hauptloge, in welcher Eigenschaft er nunmehr Einblick in das Treiben des Bundes erhielt. 1875 wurde ein Strike durch die Molly Maguire veranlaßt, der aber an der energischen Haltung der Beamten und Besitzer der Minen scheiterte. Als daraufhin die Ermordung von 50 bis 60 Beamten und Direktoren, sowie die Zerstörung der Bergwerke seitens des Bundes beschloffen wurde, ließ McKenna sofort Nachricht hiervon an einen Detektiv, der auf seine Veranlassung als Beamter an Gowens Werken angestellt war, gelangen. In Folge der daraufhin seitens der Verwaltung getroffenen Vorkehrungen wurden die Pläne der Verbrecher vereitelt. Schon damals wurde der Verdacht gehegt, daß innerhalb des Bundes ein Verräther sich befinden müsse. Niemand dachte jedoch an McKenna, der das höchste Vertrauen der Bundesmitglieder besaß.

Da geschah etwas, was der Sachlage eine neue Wendung gab.

Einen Steiger, Namens Jones, hatte die Molly Maguire zum Tode verurtheilt. James ließ ihm eine Warnung zukommen, und der Steiger rettete sich zunächst. Aber man spürte seinen Aufenthaltsort aus und zwei der Verschwörer schossen Jones auf einem Bahnhofe nieder. Die Verbrecher wurden ergriffen und vor die Jüfien gebracht. Die Molly Maguires stellten falsche Zeugen auf, aber merkwürdigerweise war die Staatsanwaltschaft von dem Unternehmen unterrichtet. Sie veranlaßten alle möglichen Verschleierungen des

Verfahrens. Ingenieur Appenborn (Berlin) hielt einen Vortrag über die für die Städteverwaltung wichtigsten Gegenstände in der Ausstellung, worauf ein Rundgang durch die Ausstellung erfolgte.

Weimar, 27. August. Der Chef des Departements der Angelegenheiten des Großherzoglichen Hauses und des Kultus, Geh. Staatsrath Guyet ist gestern Abend gestorben.

Regensburg, 27. August. Die Maßregelung der Kapelle des hier garnisonirenden 11. bayerischen Infanterie-Regiments anlaßlich des Aufenthalts derselben in Kissingen ist nach dem „Münch. Neuest. Nachr.“ nicht erfolgt wegen des Ständchens, welches die Kapelle dem Fürsten Bismarck gebracht hat, sondern wegen der disziplinlosen Aufführung der Kapelle in Kissingen am Abend des Tages, an welchem dem Fürsten Bismarck das Ständchen gebracht wurde. Der Musikdirigent sei mit in diese Maßregelung verwickelt worden, weil er seine Leute ohne Aufsicht gelassen hatte. Deren disziplinloses Benehmen war von einem zu jener Zeit in Kissingen weilenden Generalstabsoffizier zur Anzeige gebracht worden.

Militärisches.

München, 27. August. Durch eine Anzahl Zeitungen ging jüngst die Nachricht, Prinz Alphonse von Bayern sei zum Kommandeur des 1. Schwere Reiter-Regiments ernannt worden. Das war unrichtig. Major v. Horadam hat die Führung des genannten Regiments erhalten. Prinz Alphonse ist erst so kurze Zeit etatsmäßiger Stabsoffizier, daß seine Ernennung zum Kommandeur, die freilich bei naher Gelegenheit erfolgen dürfte, nicht gut schon erfolgen konnte. Da der Prinz den wirklichen Dienst in der Front thut, ist er ungleich solchen Prinzen, die lediglich formaliter avanciren, an die Berufsgepflogenheiten des Vorrückens gebunden. Man nimmt allgemein an, daß die Ernennung des Prinzen Leopold, des Kommandeurs des 1. Armeekorps, zum Generalinspekteur der Armee bei Gelegenheit der bevorstehenden Anwesenheit des Kaisers bei den stattfindenden Manövern erfolgen wird. Vielleicht steht Beides überhaupt in einem gewissen ursächlichen Zusammenhang.

Aus dem Gerichtssaal.

* Elberfeld, 26. August. Ueber einen Prozeß, der hier selbst Aufsehen erregt hat, wird gemeldet: Am Abend des 31. März d. J. wurde die Kasse des Elberfelder Stadt-Theaters um 2000 M., verschiedene Werthpapiere und eine Lebens-Versicherungspolice beraubt. Tags darauf erhielt der Polizeikommissar Ramhoff ein anonymes Schreiben, in welchem ein flüchtiger Mann, Namens Schubert, der Thäterschaft beschuldigt wurde. Der Briefschreiber wollte ein ungeheurer Ohrenzeuge gewesen sein, als Schubert den Diebstahl in einem öffentlichen Lokal mit einem zweiten, unbekannten Manne verabredete. Inzwischen hatte sich der Verdacht bereits auf den Hilfsaffirer des Stadttheaters, August Borgmann, gelenkt und trotz des anonymen Briefes wurde bei demselben eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Hierbei wurde festgestellt, daß die Handschrift der Ehefrau Elise Borgmann sich genau mit derjenigen des Briefschreibers deckte, es wurde Dinte gefunden, welche nach dem Gutachten des Gerichtschemikers Dr. Jelerich-Berlin völlig gleichartig mit der zu dem Briefe benutzten war und ebenfalls fand man Briefpapier von derselben Art und mit demselben Wasserzeichen. Die Voruntersuchung gegen die Borgmannschen Eheleute führte noch weitere Verdachtspunkte zu Tage. Die Juriertafelkammer des hiesigen Landgerichts hielt die Angeklagten durch die Beweisaufnahme für überführt und verurtheilte den Eheemann Borgmann wegen schweren Diebstahls zu einem Jahre sechs Monaten Zuchthaus, die Ehefrau Borgmann wegen Beihilfe zu sechs Monaten Gefängniß.

Thatbestandes, setzten alle Hebel advokatischer Kniffe in Bewegung, aber siehe da, alle die Schliche waren der Behörde bekannt. Ein Versuch, die Verhafteten mit Waffengewalt zu befreien, mißlang, weil das Gefängniß mit mehreren hundert Bürgern besetzt war, welche die Verschwörer mit blutigen Köpfen heimjickten.

Da wurde es den Oberen des Bundes zur Gewißheit, daß sie einen Verräther in ihrer Mitte hatten, und sie beschloffen, denselben ausfindig zu machen. Eines Tages erhielt James von einem bekannten Molly Maguire die Nachricht, daß er verdächtig sei, die Verrätherie ins Werk gesetzt zu haben. In einer geheimen Sitzung der Bundesobersten sei er bereits zum Tode verurtheilt worden. James wußte jetzt, daß er verloren war, wenn er nicht durch Küntheit sich rettete, und so erschien er am nächsten Tage in der Mitte der Verschwörer und stellte dieselben wegen der angeblichen Verleumdung, die über ihn im Umlauf war, zur Rede. Dieses tollkühne Wagniß rettete ihm vorläufig das Leben. Die Verschwörer zweifelten an seiner Schuld. Doch wurde er von jetzt ab beständig beobachtet. Eines Abends fuhr ein Schlitten vor seine Wohnung. Er wurde gezwungen, denselben zu besteigen, der ihn im raschesten Laufe nach der nächsten Stadt brachte. Dort wurde er Zeugen gegenüber gestellt, aus deren Aussagen hervorging, daß die Mission des Detektivs verrathen war. Noch in derselben Nacht sollte er hingerichtet werden. Da rettete ein Zufall sein Leben.

In Folge einer Erklärung der Frau des Hausbesizers, in dessen Wohnung die Versammlung stattfand, daß sie um keinen Preis einen Mord in ihrem Hause dulden werde, wurde beschloffen, die Hinrichtung bis auf den nächsten Morgen zu verschieben.

Während der Zeit gelang es James, wahrscheinlich mit Hilfe der Frau, zu entkommen. In Philadelphia händigte er Gowen das gegen den Geheimbund gesammelte Beweismaterial ein, woraufhin 40 der Bundesmitglieder verhaftet wurden, von denen 20 am Galgen endigten. Bei der Verurtheilung erlitten McKenna, um das Treiben des Geheimbundes zu enthüllen und dann für immer aus der Gegend zu verschwinden. Das letzte Lebenszeichen gab der Bund Ende 1877, als er einen erneuten Aufstand zu erregen und mehrere mißliebige Personen aus dem Wege zu schaffen versuchte. Das Material aber, das durch den kühnen Detektiv beschafft worden war, erwies sich jetzt noch ausgiebig genug, die Häupter des Bundes festzunehmen. Die zehn einflußreichsten derselben wurden an einem Morgen auf einmal gehängt, wodurch dem Treiben der Molly Maguire ein Ende gesetzt wurde.

Dresden, 26. August. Wegen Vergehens gegen das Nahrungs-mittelgesetz wurde vor einigen Tagen der Kaufmann A. F. Hochmuth von hier zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Derselbe hatte aus abgekochtem Wasser und Korinthen Roskwein fabrizirt, den er als „Griechischen Dickschwein“ resp. „Tosayer“ und „Spanischen Wein“ in den Handel brachte.

12,65, v. Jan.=Wärz 12,77 $\frac{1}{2}$. Ruhig.
Samburg. 27. Aug. Raffer. (Nachmittagsbericht) Wind an-

